

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 38. Sitzung des Ortsbeirates Prohlis (OBR Pro/038/2013)

am Montag, 11. November 2013,

17:00 Uhr

**im Ortsamt Prohlis, Bürgersaal,
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:41 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Dr. Claus-Peter Geier

Ralf Leidel

Klaus Rentsch

Dr. Paul Spitzer

Martin Stein

Mitglied Liste DIE LINKE

Annett Adam

Frank Christian Ludwig

Dr. Dieter Werblow

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Julia Günther

Rüdiger Kubsch

Mitglied Liste SPD

Dorothee Marth

Uwe Petersen

Mitglied Liste FDP

Liselotte Gründel

Gerhard Staudinger

Mitglied Liste Freie Bürger

Ronald Kramer

Mitglied Liste Bürgerbündnis

Peter Munkelt

Mitglied Liste NPD

René Despang

Stellvertretende Mitglieder

Martin Pätzig

Mario Schmidt

Vertretung für Herrn Jens Genschmar

Vertretung für Herrn Heiko Thater

Gäste:

Antje Wieland
Elvira Kunkel
Veronika Gottmann
Nicole Kreißl

Kinder- und Jugendbauernhof Nickern e. V.
Kinder- und Jugendbauernhof Nickern e. V.
Quartiermanagement Prohlis
Quartiermanagement Am Koitschgraben

Schriftführer/-in:

Steffen Schüller

Sachbearbeiter Ortsbeirat

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift der 37. Sitzung am 07.10.2013 | |
| 2 | Einführung der Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet Dresdens | A0772/13
beratend |
| 3 | Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013 | V1286/11
beratend |
| 4 | Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999 | V1829/12
beratend |
| | hier: | |
| | 1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung | |
| | 2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes | |
| | 3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes | |
| | 4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes | |
| 5 | IG-Förderung 2014 | |
| 6 | Vorstellung des Konzeptes "Kinderbauernhaus" durch den Kinder- und Jugendbauernhof e. V. | |
| 7 | Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte | |
| 8 | Informationen des Ortsamtsleiters / Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift der 37. Sitzung am 07.10.2013

Ortsamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die Sitzung, mit 18 anwesenden Ortsbeiräten bzw. deren Stellvertretern stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Frau Günther stellt den Antrag, TOP 4 vorzuziehen, dem wird mehrheitlich stattgegeben. Einwände zur Tagesordnung gibt es nicht.

Bei der Niederschrift zur 37. Sitzung gab es nach verwaltungsinterner Absprache mit Herrn Böbst eine kleine redaktionelle Änderung, diese wurde jedem Ortsbeiratsmitglied zu Beginn der Sitzung schriftlich bekannt gegeben. Zur Niederschrift einschl. der Änderung gibt es keine Einwände.

Die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Frau Gründel und Herr Rentsch gegenzeichnen.

Es fehlt Herr Ludwig, Herr Pätzug vertritt Herrn Genschmar.

2 Einführung der Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet Dresdens

**A0772/13
beratend**

Der Antrag wird von Herrn Schmelich (Mitglied des Ortsbeirates Plauen) vorgestellt. Herr Schmelich führt aus, dass sich der Antrag eigentlich von selbst erkläre. Es ginge darum, Politik in einer wachsenden Stadt zu gestalten. Der Ortsbeirat habe als Gremium kein Selbstbefassungsrecht, damit seien seine Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt. Die Ortschaften, die oft kleiner seien, hätten da mehr Spielraum. Die Gemeindeordnung habe die Möglichkeit vorgesehen, eine Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet einzuführen. Der Antrag zielen genau darauf ab. Entscheidungen, die direkt das Ortsamt betreffen, sollen auch direkt durch die Ortsbeiräte entschieden werden können (Beispiel Fußwegprioritätenprogramm). Mit der Ortschaftsverfassung gäbe es ein Stück mehr Demokratie in den Ortsteilen, ohne dass dabei zusätzliche Kosten entstünden. Herr Schmelich bittet um Unterstützung des Antrages.

17.14 Uhr Herr Ludwig erscheint zur Sitzung.

Herr Lämmerhirt nimmt im Namen der Verwaltung Stellung zum Antrag und führt aus, dass dieses Thema eher langfristig behandelt werden müsse, immerhin gehe es um die künftige Gliederung der Stadt. Er bemängelt, dass im Antrag mit der Stadtbezirksverfassung und der Ortschaftsverfassung zwei verschiedene Rechtsgebilde miteinander vermischt würden. Weiter führt Herr Lämmerhirt aus, dass Kompetenzen und finanzielle Ausstattung der Ortschaften durchaus erstrebenswert seien. Unklar sei aber, wie allein mit den vielen Ortschaften im Ortsamtsbereich Prohlis umzugehen sei. Die Aufgaben des künftigen Ortschaftsrates wären beim vorgestellten Modell bei ca. 55.000 Einwohnern im Ortsamtsbereich Prohlis extrem umfangreich. Der Vorschlag müsse langfristig diskutiert werden, der jetzige Zeitpunkt des Antrages kurz vor der Kommunalwahl werde nicht für günstig erachtet.

Anschließend nehmen mehrere Ortsbeiräte zum Antrag Stellung:

Herr Stein erinnert an die Gründung des Ortsbeirates Prohlis 1991. Aus eigener Erfahrung (als ehemaliger Ortsamtsleiter) wisse er, dass die Arbeit des Ortsbeirates immer sehr gut gelaufen sei. Ob das vorgeschlagene Modell effektiver ist, sei fraglich. Er plädiert dafür, das jetzige Modell beizubehalten.

Herr Kramer unterstützt die Stellungnahme der Verwaltung. Die Fülle der Aufgaben, die mit der Änderung auf den Ortsbeirat zukommen würde, sei nicht absehbar.

Herr Munkelt macht grundsätzliche Aussagen zum Antrag. Dieser sei weder durchdacht, noch zeige er Lösungswege auf. Auch würden Aussagen zur personellen und finanziellen Ausstattung fehlen. In der Auslegung der Definition zu Ortsteilen sei der Verweis auf die Sächsische Gemeindeordnung nicht schlüssig (Ortsteil, Ortsamtsgebiet, Gemarkung, statist. Bezirk). Auch würde eine Wahl der Ortschaftsräte wie bei Stadträten einen Wahlkampf erforderlich machen, der viele Kandidaten überfordere. Eine künftige Ortschaftsverwaltung (bezogen auf die derzeitigen Ortsämter) könne im Übrigen die dann übertragenen notwendigen Aufgaben mit der gegenwärtigen personellen Besetzung nicht annähernd erfüllen. Herr Munkelt verweist dabei auf seine Erfahrungen aus der Zeit als Mitarbeiter des Ortsamtes. Eine Klärung der offenen Punkte im Nachgang, so wie vom Antragsteller vorgetragen, könne nicht akzeptiert werden.

Auch wenn der jetzige Ortsbeirat nur eine beratende Funktion inne habe, so bestünde eine seiner hauptsächlichen Aufgaben darin, die jeweiligen Fraktionen zu informieren und so Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen.

Herr Kubsch erläutert, dass der Antrag bewusst sehr offen formuliert sei, Details müssten zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden. Die Frage sei, wollen die Ortsbeiräte mehr Entscheidungsbefugnisse oder nicht. Er selbst sei sich unschlüssig, ob das Mehr an Macht im Ortsbeirat immer verantwortlich behandelt werden würde. Dass das Modell funktioniere, zeigten bereits bestehende Ortschaftsräte.

Herr Schmelich ergänzt, dass es nicht darum ginge, die Ortschaften von der Stadt abzukoppeln. Vielmehr solle mehr direkte Demokratie gelebt werden und z. B. kein Umweg mehr über die Fraktionen erfolgen müssen. Gute Erfahrungen in den Ortsbeiräten seien unstrittig, hier ginge es aber um mehr Legitimation.

Auch sollen die Ortsamtsbereiche nicht aufgelöst werden, ein künftiger Zuschnitt müsse durch die Verwaltung geprüft werden. Im Übrigen ginge es im Antrag um die Ortschaftsverfassung, die analog zur Anwendung gebracht werden soll. Der Stadtrat solle die Verwaltung beauftragen, einen machbaren Vorschlag zum Antrag zu erarbeiten.

Aus Sicht von Herrn Ludwig lasse die Gemeindeordnung durchaus andere Strukturen zu. Er stellt im Namen seiner Fraktion einen Ergänzungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird um die Punkte 5. bis 7. ergänzt:

5. **Über die nach § 67 Abs.1 SächsGemO den Ortschaftsräten zugewiesenen Aufgaben hinaus soll in der Neufassung der Hauptsatzung gem. § 67 Abs. 2 SächsGemO vorgesehen werden, dass Entscheidungen des Stadtrates über die Nutzung bzw. Veränderung von Grundstücken, über die Aufstellung und Änderung von rechtlich verbindlichen Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen, Vorhaben- und Erschließungsplänen und sonstigen Satzungen nach Baugesetzbuch nur im Benehmen mit dem jeweiligen Ortschaftsrat zu treffen sind.**
6. **Das Vorschlagsrecht der Ortschaftsräte nach § 67 Abs. 4 SächsGemO soll um folgenden Passus ergänzt werden: „Von den Vorschlägen des Ortschaftsrates kann der Stadtrat nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes abweichen.“**
7. **Gemäß § 69 Abs. 2 SächsGemO sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Ortsamtsebene in der Hauptsatzung vorzusehen.**

Begründung:

Diese erweiterten Mitgestaltungsmöglichkeiten und -rechte in den Stadtteilen (dann in den neu gebildeten Ortschaften) sind notwendig, damit der Antrag nicht bei formalen und marginalen Änderungen stehen bleibt.

Die Punkte 5. und 6. knüpfen an Regelungen in den bestehenden Ortschaftsverfassungen der eingemeindeten Ortschaften an.

Mit Punkt 7. wird explizit eine Möglichkeit der Sächsischen Gemeindeordnung genutzt.

Herr Staudinger erinnert an frühere Diskussionen zur Neuordnung der Ortsamtsbereiche. Auch der Ortsbeirat Prohlis habe sich dafür entschieden, die Ortsamtsbereiche in ihrer ursprünglichen Größe zu belassen. Eine Eingliederung von Ortschaften sei bereits früher nicht praktikabel gewesen. Er verstehe nicht, welche Vorteile eine Ortschaftsverfassung bringen soll. Ortsamtsbereiche seien nach machbaren Gesichtspunkten gebildet worden. Wenn über diesen Antrag entschieden wird, müsse zuvor geklärt werden, welche Ortschaften letztlich gebildet werden sollen. Die Einführung einer neuen Kleinstaaterei im Stadtgebiet (wie vor der Eingemeindung vieler Ortschaften um die Jahrhundertwende) sei abzulehnen.

Herr Pätzig findet den Gedanken, mehr politische Bürgernähe herzustellen, gut. Der Antrag werde allerdings nicht funktionieren. Das Ortsbeiräte in der Ausübung ihrer Funktion behindert seien, könne er nicht nachvollziehen. Den knappen Zeitrahmen vor der Kommunalwahl sieht er ebenfalls kritisch. Die Antragsumsetzung der Verwaltung zu übertragen, sei ein Unding, politische Willensbildung könne niemals durch die Verwaltung erfolgen.

Herr Dr. Spitzer sieht bei Umsetzung des Antrages Dinge von größerer Bedeutung auf den Ortsbeirat zukommen, die nicht zu stemmen seien, wie die berufliche Aus- und Weiterbildung (Beispiel Berufliches Schulzentrum für Elektrotechnik).

Herr Leidel möchte keinem Mitglied im Ortsbeirat sein persönliches Engagement für den Ortsamtsbereich absprechen, vermutet aber, dass nur den Wenigsten (einschließlich den Antragstellern) klar sein dürfte, was dieser Antrag eigentlich aussagt. Er sieht eine sehr große Belastung auf die einzelnen Ortschaftsräte zukommen. Im Übrigen sei der Stadtrat der Souverän der Stadt, dessen Entlastung könne nicht das Ziel sein.

Herr Rentsch bringt in Erinnerung, dass man sich in der Vergangenheit bewusst für das jetzige Modell einer schlanken Verwaltung (weg von den Ortsämtern hin zu den Fachämtern) entschieden habe. Er kritisiert, dass man mit einem Antrag an die Öffentlichkeit geht, ohne die Machbarkeit aufzuzeigen. Vorerst habe man noch genug mit den eingemeindeten Ortschaften zu tun, auch müsse man zukünftige Gemeindegebietsreformen abwarten.

Herr Dr. Geier kann den Antrag nicht nachvollziehen. Es sei doch vielmehr so, dass die Verwaltung aus Kostengründen immer mehr konzentriert werden müsse. Auch sollte die Stadt immer als Ganzes gesehen werden. Spezifische Probleme, die den Ortsamtsbereich betreffen, seien bisher immer im Ortsbeirat behandelt worden.

Frau Marth macht deutlich, dass die SPD den Antrag grundsätzlich begrüßt, die Debatte zur Erhöhung der demokratischen Beteiligung müsse geführt werden. Das fehlende Selbstbefassungsrecht sei ein wesentliches Manko des jetzigen Ortsbeirates. Auch das Argument, das Ortsbeiräte nur ehrenamtlich tätig sind und daher die Aufgaben nicht leisten können, sei nicht stichhaltig, Stadträte wären ebenfalls ehrenamtlich tätig. Demokratische Beteiligung gegen Finanzen auszuspielen, finde sie nicht richtig.

Frau Adam ergänzt, dass auch der Stadtrat bei seinen Themen nicht detailliert Bescheid wisse und sich Fachleute zur Hilfe hole. Hier ginge es vielmehr darum, Änderungsanträge aus den Ortschaften nicht einfach so vom Tisch zu wischen.

Herr Kubsch betont, dass es nicht darum ginge, Verwaltungsabläufe, sondern demokratische Strukturen zu ändern.

Herr Lämmerhirt widerspricht dieser Aussage, künftige Ortschaftsverwaltungen seien mit der jetzigen Ortsamtsverwaltung nicht vergleichbar, diese müsste wesentlich erweitert werden.

Herr Schmelich erläutert abschließend, dass man die künftigen Ortschaften nicht mit den derzeit bestehenden vergleichen könne, da die dortigen Bedingungen Ergebnis einzelner Verträge seien. Vielmehr wolle man weg von den zentralistischen Entscheidungen hin zu konkreten Lösungen von Problemen vor Ort. Die Frage sei, wie man Bürgerinnen und Bürger besser an demokratischen Prozessen beteiligt und in Entscheidungen einbindet. Es gehe um die Zukunft unserer Stadt als demokratischem Gemeinwesen. Die Ideen der Fraktion Die Linke in deren Ergänzungsantrag begrüßt er ausdrücklich.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 7 Nein 10 Enthaltung 2

Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

3 Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013

**V1286/11
beratend**

Herr Lämmerhirt erinnert zu Beginn an die erste Lesung des Entwurfs in der 35. Sitzung. Seit dem habe ein überfraktioneller Arbeitskreis dreimal getagt. Die entsprechenden Protokolle seien dem Ortsbeirat kenntlich gemacht worden. Dies gelte auch für die heute vorliegenden Beschlussempfehlungen.

Leider seien weitere Steckbriefe durch das Umweltamt erst nach Versand der Beschlussempfehlungen zur Verfügung gestellt worden. Es gäbe daher eine Ergänzung unter Punkt 7. Herr Lämmerhirt schlägt die punktweise Abstimmung aller Empfehlungen vor.

Frau Adam spricht sich ebenfalls für eine punktweise Abstimmung aus. Punkt 5. der Beschlussempfehlung könne sie nicht folgen, da sie die Planungen des Umweltamtes an dieser Stelle befürworte.

Herr Rentsch bittet darum, bei Punkt 6. das Baugebiet auf „Wohnen“ zu präzisieren.

Herr Despang ist auch für punktweise Abstimmung, Punkt 3 lehnt er ab, da Prohlis genug Baumärkte habe.

Herr Kubsch bittet darum, Punkt 4 abzulehnen, da es im Landschaftsplan gut begründet sei, dass es sich hier um ein wichtiges Teil des Grünnetzes handle.

Herr Dr. Geier widerspricht dem, der Grünzug sei auch ohne diese Fläche groß genug für den Kaltlufttransport.

Abstimmungsergebnis zur punktweisen Abstimmung: Zustimmung

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Ergänzungsantrag zu Punkt 1 der Vorlage V1286/11

Der Ortsbeirat Prohlis nimmt den Landschaftsplan mit folgenden Anmerkungen zur Kenntnis und bittet um entsprechende dringende Überarbeitung:

- 1. Die für den Ortsamtsbereich erarbeiteten Steckbriefe sind nicht vollständig, sie sind dem Ortsbeirat umgehend nachzureichen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

- 2. Die sich in Bearbeitung befindlichen B-Pläne Nr. 31 (Wilhelm-Franke-Straße) und Nr. 6000 (Villa Elsa-Brandström-Straße) sind im Landschaftsplan abzubilden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 17 Nein 1 Enthaltung 1

- 3. Die Fläche für das Bauvorhaben „Baumarkt Bauhaus“ (B-Plan Nr. 690) ist darzustellen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 10 Nein 5 Enthaltung 4

- 4. Der beschlossene B-Plan Nr. 74, Dresden-Nickern Nr. 1 (Hauboldstraße) ist darzustellen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 10 Nein 1 Enthaltung 8

- 5. Die ehemalige Geflügelfarm an der Dohnaer Straße soll auf Grund der hervorragenden Verkehrsanbindung (Autobahnzubringer) als Fläche für nichtstörendes Gewerbe dargestellt werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 12 Nein 6 Enthaltung 1

- 6. Das Areal der ehemaligen Sternhäuser soll wie der Wissenschaftsstandort Ost (Reicker Straße) als Baugebiet (Wohnen) in der ursprünglichen Ausdehnung ausgewiesen werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

- 7. Der B-Plan Nr. 336 (ehemals Olga-Körner-Heim) ist konsequent mit seinen gesetzten Zielen, Wohnbauland zu entwickeln, fortzuführen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

- 8. Es wird angeregt den „Erhalt und Entwicklung von Wanderwegen“ (gelbe unterbrochene Linie) nicht nur für den aktuellen Stand, sondern auch für zukünftige Erfordernisse zu ergänzen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 2

Abstimmungsergebnis: punktweise Zustimmung

Alle ergänzenden Beschlussvorschläge wurden mehrheitlich angenommen.

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 4 | Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999 | V1829/12
beratend |
|----------|--|------------------------------|

hier:

- 1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
- 2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes**
- 3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes**
- 4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes**

Herr Lämmerhirt benennt noch einmal die aus Sicht des Ortsbeirates fehlenden Schwerpunkte „Wohnen“ und „Hochwasserschutz“. Er schlägt vor, auch diese Beschlussempfehlungen der Arbeitsgruppe punktweise abzustimmen. Zu Punkt 4. wird die Änderung des Beschlusspunktes erläutert, die jetzige Fassung sei konkreter.

Herr Munkelt ist über die plötzliche Teilung des B-Planes Nr. 31 in 31 A und 31 B verwundert.

Herr Kubsch bittet um Änderung von Punkt 4.

Die Flächen im Bereich des B-Plans Nr. 31 sind als landwirtschaftliche Flächen darzustellen.

Herr Staudinger äußert Bedenken zu diesem Vorschlag, da der bereits mehrfach im Ortsbeirat behandelte B-Plan Nr. 31 mit einem solchen Beschluss ad absurdum geführt würde. Herr Lämmerhirt bestätigt dies.

Des Weiteren bittet Herr Kubsch um Ergänzung der Beschlussvorschläge um Punkt 10.

Die Fläche südlich der Mühlenstraße (Steckbrief 417) soll als Grünfläche dargestellt werden.

Herr Lämmerhirt gibt zu bedenken, dass es sich bei dabei um eine Gewerbefläche handle.

Zu den Anträgen von Herrn Kubsch werden keine weiteren Einwände geltend gemacht.

Herr Stein fragt beziehungsweise auf Punkt 9., ob bei einer Aufforstung die Sichtbeziehung zum Mausoleum eingeschränkt werde?

Herr Lämmerhirt erläutert, dass es sich nicht um die Fläche unterhalb des Mausoleums handle, diese bleibe weiterhin freigestellt.

Abstimmungsergebnis zur punktweisen Abstimmung: Zustimmung
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Ergänzungsantrag

Der Ortsbeirat Prohlis nimmt den Entwurf zum Flächennutzungsplan zur Kenntnis.

Um für das auch in Zukunft zu erwartende Wachstum der Dresdner Bevölkerung gewappnet zu sein, ist die Ausweisung von Wohnbauflächen weiter zu intensivieren. Die aktuellen Erkenntnisse aus dem Junihochwasser 2013 sind einzuarbeiten.

Um Überarbeitung folgender Punkte wird gebeten:

- 1. Die Fläche im Anschluss an das Areal der ehemaligen Sternhäuser (ehemalige Sechsgeschosser Heinrich-Mann-Straße) soll nördlich der Heinrich-Mann-Straße wieder für Wohnbebauung ausgewiesen werden. Der südliche Teil zwischen Heinrich-Mann-Straße und Dohnaer Straße soll statt für Landwirtschaft teilweise als Ersatzfläche für Kleingärten dargestellt werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

- 2. Die Grünfläche im Areal der ehemaligen Sternhäuser (nördlich der Heinrich-Mann-Straße) soll als Wohnbaufläche dargestellt werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

- 3. Die ehemalige Geflügelfarm an der Dohnaer Straße soll auf Grund der hervorragenden Verkehrsanbindung (Autobahnzubringer) statt als landwirtschaftliche Fläche als Fläche für nichtstörendes Gewerbe dargestellt werden. Für die dahinter liegende Fläche ist die Nutzung als Wohnbaufläche zu prüfen (in Verlängerung Köttewitzer Straße).**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 10 Nein 7 Enthaltung 2

- 4. Die Flächen im Bereich des B-Plan Nr. 31 sind als landwirtschaftliche Fläche darzustellen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 7 Nein 2 Enthaltung 10

- 5. Die Stadtteilfeuerwehr Lockwitz als Bestandteil des Brandschutzbedarfsplans ist symbolisch darzustellen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

- 6. Die überdimensionierten Grünflächen im Bereich des Wissenschaftsstandortes Ost an der Reicker Straße sind zu Gunsten von Ersatzflächen für Kleingärten zu minimieren.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 4

- 7. Der B-Plan Nr. 654, Wohnsiedlung Kleinborthener Straße/Falkenhainer Straße ist darzustellen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

- 8. Die im Verkehrsentwicklungsplan 2025 plus beinhaltete Verbindung Tiergartenstraße-Reicker Straße-Dohnaer Straße (im Zuge des Wissenschaftsstandortes Ost) soll dargestellt werden. Gleiches gilt für die Anbindung des interkommunalen Gewerbegebietes Dresden-Sporbitz/Heidenau von der B 172.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 3

- 9. Der Dissens zwischen Landschaftsplan und FNP unterhalb des Mausoleums (Lockwitz) ist zu prüfen, die im FNP geplante Aufforstung soll zu Gunsten bestehender Landwirtschaft korrigiert werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 4

- 10. Die Fläche südlich der Mühlenstraße (Steckbrief 417) soll als Grünfläche dargestellt werden.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 2

Herr Stein bittet um Klarstellung, ob sich die Festlegung „Landwirtschaft“ bei Punkt 4. nur auf den Grünzug innerhalb des B-Plans Nr. 31 bezieht? Herr Lämmerhirt muss dies verneinen, die Festlegung wurde für die gesamte Fläche des B-Plangebietes beschlossen.

Herr Stein erklärt daraufhin, dass er diesen Punkt missverstanden habe, er stellt den Geschäftsordnungsantrag, Punkt 4 erneut zur Abstimmung zu bringen.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag: Zustimmung
Ja 11 Nein 4 Enthaltung 4

Herr Lämmerhirt bittet Herrn Kubsch, den Punkt nochmals zu erläutern. Dieser führt aus, dass er das gesamt B-Plangebiet als Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise erhalten sehen möchte.

Herr Stein erinnert an den dringenden Bedarf an Wohnbaufläche und bittet darum, den ursprünglichen Beschlusspunkt zur Abstimmung bringen.

Herr Lämmerhirt macht deutlich, dass es sich somit um zwei konkurrierende Inhalte zu Punkt 4. handelt. Es stelle sich somit die Frage, ob die Abstimmung auf Grund inhaltlicher Verständnisprobleme wiederholt werden kann? Er bittet zwecks Prüfung um eine kurze Pause.

fünfminütige Pause

Laut Herrn Lämmerhirt habe die kurze Prüfung der Geschäftsordnung Stadtrat und Geschäftsordnung Ortsbeirat keinen Hinweis zur aktuellen Situation enthalten. Er macht den Vorschlag, beide Beschlussvorschläge zu Punkt 4 nochmals abzustimmen. Im Nachgang werde das Prozedere rechtlich geprüft und das Ergebnis zeitnah bekanntgegeben.

Herr Kubsch formuliert nochmals seinen Antrag:

Punkt 4.: Die Flächen im Bereich des B-Plan Nr. 31 sind als landwirtschaftliche Fläche darzustellen.

Abstimmungsergebnis Antrag Herr Kubsch: Zustimmung
Ja 9 Nein 7 Enthaltung 3

Dem Antrag wird erneut zugestimmt. Damit entfällt die Abstimmung über den ursprünglich eingebrachten Punkt 4.

Abstimmungsergebnis gesamt: Zustimmung mit Ergänzung
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Auf Anfrage beim Rechtsamt, welches Abstimmungsergebnis für Punkt 4. maßgeblich ist, erhielten wir folgende Antwort:

„Die GO-Ortsbeirat enthält keine Regelung zur "Wiederholung der Zählung" entsprechend § 13 GO-Stadtrat. Dennoch ist ein solcher Antrag möglich, da § 11 GO-Ortsbeirat die möglichen GO-Anträge nicht abschließend aufzählt und sich durchaus einmal Bedarf für eine Wiederholung ergeben kann. Ein GO-Antrag auf Wiederholung der Zählung ist nur unmittelbar nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses möglich. Sobald die nächste Abstimmung begonnen hat, ist die vorherige insofern „erledigt“ als das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben und damit „gültig“ ist. Gegen eine spätere Veränderung dieses Ergebnisses durch nochmalige Abstimmung spricht weiterhin, dass sich möglicherweise die Zusammensetzung des Gremiums geändert haben kann (verspätet hinzugekommene oder frühzeitig gegangene Ortsbeiratsmitglieder). Es muss klar erkennbar sein, dass irgendwann die Abstimmung zu einem bestimmten Punkt abgeschlossen ist.“

Da die Gesamtabstimmung über die Vorlage zum Zeitpunkt des GO-Antrages noch nicht erfolgt ist und auch kein Ortsbeiratsmitglied die Sitzung verlassen hat, war die nochmalige Abstimmung somit rechters.

Auch wenn das Ergebnis bei beiden Abstimmungen gleich war (Zustimmung), wurden auf Empfehlung des Rechtsamtes die Stimmen der ersten Abstimmung in den Beschluss übernommen.

5 IG-Förderung 2014

Quartiermanagerin Frau Kreißl vom Stadtteilbüro Am Koitschgraben stellt die einzelnen Förderprojekte vor (Interessengemeinschaft Bürgergarten - Koordinierung VSP, Schulsozialarbeit 128. OS - Kletterprojekt am Koitschgraben, Begegnungsstätte „Walter“ - Begleitung bei Alltagsproblemen für Senioren).

Es handle sich um die gleichen Projekte wie 2013.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Die Fördervorschläge für den Stadtteil Am Koitschgraben werden einstimmig angenommen.

Die förderfähigen Projekte für den Stadtteil Prohlis stellt die Quartiermanagerin Frau Gottmann vor. Sie führt aus, dass die Summe der Förderanträge die vorhandenen Mittel (gesamt 4.500 Euro) übersteige. Die von ihr vorgeschlagene Verteilung der Gelder habe nichts mit der Qualität der einzelnen Projekte zu tun. Vielmehr gehe es darum, einzelne Projekte so zu unterstützen, dass sie finanziell überleben können.

Benannt werden:

- Kontaktstelle Querformat - Unterstützung soll erhöht werden, da große Präsenz im Wohngebiet (u. a. Begleitung von Sozialhilfeempfängern) - Vorschlag 2.050 Euro
- Ev.-Luth. Kirchengemeinde - Prohliser Frühstück, Martinsfest - Vorschlag 500 Euro
- Prohliser Bürgerpost - zuletzt nur noch online erschienen, jetzt wieder mit Druckausgaben (im kommenden Jahr 3 Ausgaben geplant) - Vorschlag 500 Euro
- Palitzsch-Gesellschaft - Unterstützung für Internetpräsenz - Vorschlag 350 Euro
- Eurobridge entfällt (im letzten Jahr noch unterstützt), da keinen Antrag gestellt
- Bürger-Selbsthilfewerkstatt Prohlis (Betreuung durch VSP) - Vorschlag 1.100 Euro

Herr Lämmerhirt stellt nach der Vorstellung der Projekte fest, dass es sich bei einem der Förderanträge um einen Antrag der Bürgerinitiative Prohlis handelt (Bürgerpost). Die Ortsbeirätin Frau Gründel (Vorsitzende der Bürgerinitiative) wird daraufhin aus Gründen der Befangenheit von der weiteren Diskussion und Beschlussfassung zur IG-Förderung für den Stadtteil Prohlis ausgeschlossen.

Zum Vorschlag von Frau Gottmann hat Herr Lämmerhirt bezüglich der Kontaktstelle Querformat einen Gegenvorschlag. Die Arbeit sei bereits in der Vergangenheit entsprechend gewürdigt und unterstützt worden. Allerdings seien aus seiner Sicht die angemieteten Räume zu groß bemessen, Querformat müsse selbst mehr Eigenmittel erwirtschaften. Grundsätzlich plädiere er für eine höhere Unterstützung, allerdings nicht im Umfang des Vorschlages von Frau Gottmann.

Herr Lämmerhirt benennt folgende Vorschläge des Ortsamtes:

Kontaktstelle Querformat: 1.800 Euro

Prohliser Frühstück: 650 Euro

Prohliser Bürgerpost: 600 Euro

Palitzsch-Gesellschaft: 350 Euro

Bürger-Selbsthilfewerkstatt: 1.100 Euro

In der anschließenden Diskussion positionieren sich die Ortsbeiräte zu den zwei unterschiedlichen Vorschlägen wie folgt:

Herr Rentsch kann mit dem Vorschlag des Ortsamtes leben und fragt nach anderen Förderungen der genannten Projekte?

Frau Gottmann kann diese Frage nicht im Detail beantworten, einige Projekte bekämen allerdings noch weitere Unterstützung (z. B. Querformat - Mietförderung durch Gagfah).

Herr Lämmerhirt nennt ergänzend den Verfügungsfond der auch zusätzliche Gelder ausreiche.

Frau Marth folgt der Argumentation von Frau Gottmann. Querformat müsse in seiner Existenz unterstützt werden. Die hohe Förderung der Kirchgemeinde sieht sie nicht unbedingt als erforderlich an, da diese auch anderweitig Gelder akquirieren könne. Der Vorwurf, Querformat erreiche nicht so viele Bürger wie das Prohliser Frühstück, müsse zahlenmäßig untersetzt werden.

Frau Adam unterstützt ebenfalls den Vorschlag von Frau Gottmann. Diese Verteilung sei gerechter.

Herr Stein fragt, warum die Selbsthilfwerkstatt weniger Unterstützung erhalte, als Querformat?

Frau Gottmann erläutert, dass bei der Bürger-Selbsthilfwerkstatt ein großer Verein dahinter stehe (VSP e. V.), diese Unterstützung habe Querformat nicht.

Herr Dr. Geier stellt den Antrag, den jeweiligen Vertretern der Projekte Rederecht einzuräumen, um sich ein objektives Bild machen zu können.

Herr Lämmerhirt verweist darauf, dass nur Vertreter des VSP und der Bürgerinitiative anwesend seien. Somit können nicht alle Träger angehört werden.

Frau Günther schlägt vor, den Beschluss über den Antrag des Quartiermanagements Prohlis zu vertagen und die Projekte in die nächste Ortsbeiratssitzung einzuladen.

Herr Lämmerhirt unterstützt den Vorschlag, die fünf Projekte sollen angehört werden (finanzielle Situation) um danach eine Entscheidung zu fällen. Der Antrag soll zu Beginn der nächsten Ortsbeiratssitzung erneut behandelt werden.

Frau Marth hinterfragt den Vorschlag, da es nichts bringe, Bilanzen offen zu legen. Außerdem könne ehrenamtliches Engagement nicht finanziell dargestellt werden?

Herr Lämmerhirt betont, dass die entscheidende Frage sei, wie mit den Fördermitteln für Prohlis der größtmögliche Effekt erreicht werden könne.

Herr Despang unterstützt den Vorschlag zur Vertagung.

Herr Pätzug bringt die große Streuwirkung einzelner Projekte in Erinnerung (z. B. Martinsfest) und spricht mögliche Werbemöglichkeiten der Bürgerpost an (zusätzliche Einnahmen).

Herr Munkelt bringt den Vorschlag ein, beim strittigen Projekt Querformat 100 Euro aufzuschlagen und bei der Bürgerpost die Förderung um 100 Euro zu verringern.

Herr Petersen berichtet, dass er mit Herrn Stein von Querformat gesprochen habe, problematisch seien die steigenden Nebenkosten. Auch seien die Vereinsmitglieder finanziell zu schwach aufgestellt.

Abstimmungsergebnis Vertagung: Ablehnung

Ja 7 Nein 7 Enthaltung 4

Herr Ludwig möchte richtig stellen, dass Querformat ein neues Quartier habe beziehen müssen und zum damaligen Zeitpunkt keine anderen Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Die jetzigen Räume seien nicht zu groß dimensioniert und für die Aufgaben des Vereins notwendig. Beantragt wurden durch Querformat 2.580 Euro, um die reinen Grundkosten bestreiten zu können. Für die ehrenamtliche Arbeit der Familie Stein gäbe es keinerlei Aufwandsentschädigungen.

Herr Lämmerhirt erwidert, dass ein 30 qm großes Büro in den Hochhäusern mit wesentlich niedrigeren Nebenkosten angeboten worden sei, diese habe man damals abgelehnt.

Herr Pätzug stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung der Vorschläge.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: Zustimmung
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 7

Abstimmungsergebnis Vorschlag Herr Munkelt: Zustimmung
Ja 8 Nein 4 Enthaltung 6

Der Ortsbeirat Prohlis beschließt, die IG-Förderungen für 2014 i. H. v. 6.900 Euro für die Vorhaben des Kontakt- und Beratungsbüros Querformat e. V., der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Prohlis, der Prohliser Bürgerpost, des Palitzsch-Gesellschaft e. V., der Bürger-Selbsthilfwerkstatt Prohlis, der IG Bürgergarten, der Schulsozialarbeit 128. Mittelschule und der Beratungs- und Begegnungsstätte „Walter“ zu verwenden.

Folgender Verteilung wurde mehrheitlich zugestimmt:

Kontaktstelle Querformat: 1.900 Euro
Prohliser Frühstück: 650 Euro
Prohliser Bürgerpost: 500 Euro
Palitzsch-Gesellschaft: 350 Euro
Bürger-Selbsthilfwerkstatt: 1.100 Euro

Aufgrund der Zustimmung entfallen weitere Abstimmungen zu Vorschlägen.

Frau Günther bittet darum, die Vereine in eine der nächsten Ortsbeiratssitzungen einzuladen.

Herr Lämmerhirt dankt den Quartiermanagerinnen für die Vorstellung der Anträge und Ihren Einsatz in den Stadtteilen.

6 Vorstellung des Konzeptes "Kinderbauernhaus" durch den Kinder- und Jugendbauernhof e. V.

Herr Lämmerhirt begrüßt die Vereinsvorsitzende des Kinder- und Jugendbauernhof e. V., Frau Kunkel, welche dem Ortsbeirat heute ein konkretes Vereinsprojekt vorstellen möchte.

Zunächst stellt Frau Kunkel die Arbeit des Vereins vor, der bereits seit 1994 auf dem Bauernhof aktiv sei. Derzeit habe der Verein 37 Mitglieder und sei anerkannter Träger der Jugendhilfe. Der Bauernhof umfasse ca. eine Fläche von 7000 m² sowie 2 ha gepachtetes Weideland. 1999 sei die alte Scheune ausgebaut worden, seitdem verfüge man über Gruppenräume, sanitäre Anlagen, Büros und eine Werkstatt. Im Einsatz seien Sozialpädagogen, Bürgerarbeiter, Tierpfleger sowie freiwillige Helfer. Auf dem Hof leben über 100 Tiere. Die offene Kinder- und Jugendarbeit werde durch das Jugendamt gefördert, jedes Jahr gäbe es ca. 23.000 Besucher (Projekttag, Ausflüge, Ferienangebote, Feste).

Weiter führt Frau Kunkel aus, dass es bisher kaum Möglichkeiten für Veranstaltungen bei Schlechtwetter gäbe, daher solle zusätzlich ein Kinderbauernhaus entstehen. Der Wunsch zur Umsetzung dieser Idee bestehe seit 2009, mit ersten Spenden sei die Bausubstanz eines auf dem Gelände befindlichen alten Wohnhauses gesichert worden. Eine Baugenehmigung

liege vor, derzeit würden die Mittel jedoch nur für den ersten Bauabschnitt reichen (Einbau von Zwischendecken).

Anhand von Grundrissen wird die künftige Raumnutzung vorgestellt. Frau Kunkel versichert, dass intensiv nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten für die Realisierung des Projektes gesucht werde.

Herr Despang sieht das Projekt sehr positiv, er berichtet von eigenen Erlebnissen mit seinen Kindern.

Herr Leidel findet das Projekt des Kinderbauernhauses gut, er bittet darum, dass das Projekt mit dem Vereinsrecht abgeglichen wird (z. B. beim Thema Hofladen). Weiterhin fragt er Frau Kunkel, ob die neuesten amtstierrechtlichen Richtlinien für die Tierhaltung bekannt seien und bietet diesbezüglich ein Gespräch an.

Herr Pätzig bittet darum, dass die Ausschilderung zum Bauernhof von der Fritz-Meinhard-Straße aus auffälliger gestaltet wird. Er werde als Bewohner von Nickern oft von Besuchern gefragt, wo sich der Bauernhof befinde.

Herr Lämmerhirt betont abschließend die Wichtigkeit des Projektes für das gesamte Ortsamtsgebiet, er unterstützt eine investive Förderung durch die Landeshauptstadt Dresden über die laufenden Sachkosten hinaus und wünscht dem Verein viel Erfolg bei der Realisierung seiner Aufgaben und Ziele.

7 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Herr Despang: Gibt es in Sachen einer größeren Ausgabestelle der Dresdner Tafel in Prohlis neue Erkenntnisse?

Wer sind die neuen Mieter im Stern?

Herr Lämmerhirt: Momentan gibt es keine neuen Räumlichkeiten für die Dresdner Tafel, geplant sei weiterhin, im künftigen Bürgerhaus Prohlis eine Ausgabestelle einzurichten. Die neuen Mieter im Stern seien nicht bekannt, Informationen dazu werden eingeholt.

Frau Gründel nimmt Bezug auf einen Artikel in der DNN zum KJH Pixel und fragt an, ob das Gebäude nun abgerissen werde oder nicht, angeblich habe Bürgermeister Seidel dies dementiert?

Herr Lämmerhirt: Das Pixel habe eklatante Brandschutzmängel und müsse abgerissen werden. Die Mittel dafür seien eingestellt, allerdings werde ein Abriss erst zu einem späteren Zeitpunkt (nach Vorliegen einer unteretzten Planung für einen Neubau) erfolgen. Diese Übergangslösung ermögliche die weitere Betreuung des benachbarten Abenteuerspielplatzes, da die sanitären Einrichtungen des Pixel weiter genutzt werden können. Die Kündigung für die sonstigen Räume durch den Regiebetrieb ab kommenden März bestehe aber weiter. Die Unterbringung in Ersatzräumen gestalte sich schwierig, gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin suche das Ortsamt intensiv nach Lösungen, da die Einrichtung im Wohngebiet sehr gut angenommen werde.

Frau Marth ergänzt, dass ihre Fraktion einen entsprechenden Antrag im Jugendhilfeausschuss eingebracht habe.

Herr Dr. Spitzer bedankt sich für die schnelle Fußwegreparatur im Bereich der Haltestelle Altleubnitz (keine Seenlandschaft mehr).

Frau Günther übermittelt einen Wunsch seitens der 68. Grundschule (Heiligenbornstraße), den als Schulweg genutzten Heiligenbornweg zu beleuchten.

Die künftige neue Bustaktung Altleubnitz sieht sie für Schulkinder, die mit dem Bus kommen, nicht unkritisch.

Herr Lämmerhirt: Die Anfrage der 68. Grundschule werde geprüft (evtl. Vororttermin), die Bustaktung sei bewusst außerhalb der Schulanfangs- und Endzeiten eingeordnet worden und resultiert aus einer Einwohnerversammlung Anfang Juli.

Herr Petersen benennt starke Äste, die aus dem Grundstück Villa Elsa-Brandström-Straße ins Nachbargrundstück (Richtung Cäcilienstraße) ragen. Weiterhin sei er von Bürgern auf den desolaten Zustand des S-Bahnhofes Niedersedlitz sowie auf fehlende Fahrradwege auf dem Lockwitztalstraße hingewiesen worden.

Herr Lämmerhirt: Die Äste betreffen reines Privatrecht, die Stadt sei nicht zuständig.

Frau Marth bedankt sich für die Einladung der Sachgebietsleiterin des ASD Prohlis im Januar. Sie schlägt vor, die Arbeit von Querformat und Pixel bei Vorortterminen persönlich kennen zu lernen.

Herr Lämmerhirt möchte den Vorschlag aufgreifen, eine Besichtigung könne jedoch erst im kommenden Frühjahr erfolgen.

Frau Adam beklagt den schlechten Zustand der Gommerschen Straße (schlechter als ein Feldweg). Sie bittet darum, den Zustand mit Schotter zu verbessern.

Anmerkung: Nach Sitzungsende ergab eine Rückfrage beim STA, dass der Auftrag für die Instandsetzung der Gommerschen Straße bereits erfolgt ist, die Maßnahme soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Herr Dr. Werblow möchte wissen, wer bei der Umsetzung der Pläne für den Wissenschaftsstandort Ost die Kosten für die Verlegung der Kleingärten trägt?

Herr Lämmerhirt: Diese Kosten seien Projektkosten des Gesamtprojektes, die die Stadt trage, in einer der nächsten Sitzungen würden B-Pläne zum Projekt vorgestellt.

8 Informationen des Ortsamtsleiters / Sonstiges

Herr Lämmerhirt weist die ausgelegten Prohliser Nachrichten sowie auf die Information zum Rahmenplan Nr. 789, Wissenschaftsstandort Ost hin.

Ergänzend informiert er über eine stattfindende Bürgerversammlung in Niedersedlitz zum Thema „Mein Stadtteil konkret“.

Die Sitzung wird 20.41 Uhr beendet.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Steffen Schüller
Schriftführer

Frau Gründel
OBR-Mitglied

Herr Rentsch
OBR-Mitglied